

Atomenergie endlich abschalten!

Fassungslos und bestürzt verfolgen wir die Geschehnisse in Japan. Wir gedenken der vielen Opfer und ihrer Hinterbliebenen. Deutschland muss alles dafür tun, Japan bei der Bewältigung der Katastrophe zu helfen.

Bei aller Betroffenheit und Hilflosigkeit gegenüber Naturgewalten, die atomare Katastrophe hätte verhindert werden können. Wir haben wieder erleben müssen, dass diese gefährliche Technologie nicht beherrschbar ist und sie große zerstörerische Kraft besitzt.

Geblendet durch Lobbyismus und aufgrund mangelnder Lernfähigkeit wurden trotz der Kernschmelzen in Three Mile Island/Harrisburg, Tschernobyl und vielen weiteren ernsten Störfällen – auch in Westeuropa – nicht die notwendigen Konsequenzen gezogen. Dies ist vor allem deshalb unverantwortbar, weil es immer mehr Alternativen gibt, die schon heute die Atomkraft ersetzen können.

Wir dürfen nicht länger warten, bis auch hier bei uns technisches oder menschliches Versagen zu schwerwiegenden Unfällen führt. Wir können die japanische Katastrophe nicht rückgängig machen, aber wir tragen die Verantwortung für die Sicherheit in unserem Land.

Wir brauchen keine Lippenbekenntnisse und Moratorien, sondern konkrete Maßnahmen und fordern daher:

1. Die ältesten sieben Reaktoren in Deutschland und der Pannenreaktor Krümmel müssen sofort endgültig abgeschaltet werden. Dies ist problemlos möglich, ohne dass Versorgungsnotstände entstehen.
2. Die Laufzeitverlängerung muss rückgängig gemacht werden.
3. Wir müssen den Umbau unseres Energieversorgungssystems hin zu Erneuerbaren Energien und mehr Energieeffizienz beschleunigen, um die neun restlichen Reaktoren noch schneller vom Netz zu nehmen, als im rot-grünen Atomausstiegsbeschluss vorgesehen.
4. Die jetzige und alle zukünftigen Bundesregierungen müssen sich verstärkt für einen europaweiten und weltweiten Atomausstieg einsetzen.
5. Die jetzige Bundesregierung muss mit den zuständigen Landesregierungen dafür sorgen, dass alle deutschen Reaktoren von einer unabhängigen Expertenkommission in einem transparenten Verfahren komplett auf ihre Sicherheit hin überprüft werden.
6. Die Bundesregierung muss den Export von Atomtechnologie zum Bau neuer Atomkraftwerke verbieten.

Unterstützer: SPD Dortmund, GRÜNE Dortmund, Jusos Dortmund, Grüne Jugend, Ulla Burchardt (MdB), Falken

¹ Initiatoren: Die Dortmunder Bundestagsabgeordneten Marco Bülow und Markus Kurth